



Amtlicher Theil.

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Pressgericht in Strassachen zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt der Nr. 5578 der Zeitschrift „Neue freie Presse“ ddo. 1ten März 1880 durch das Feuilleton unter der Aufschrift „Der Typus einer Wienerin“ das Vergehen nach § 516 St. G. begreife, und hat nach § 493 St. B. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarisches.

In der am 12. d. M. abgehaltenen Sitzung des Polencubus wurde der Antrag gestellt, dem Minister Dr. Ziemiakowski das Misstrauen zu votieren, angeblich weil er im Ministerrathe die Interessen Galiziens nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck vertritt. Dieser Antrag wurde abgelehnt, es wurde jedoch beschlossen, an den Landmann-Minister ein Schreiben zu richten, in welchem dieser aufgefordert wird, an den Clubstimmungen regelmäßig theilzunehmen, um sich hier über die Bedürfnisse Galiziens informieren zu können. Ueberdies kam es zu einer erregten Scene, indem die Abgeordneten Smarzewski und Hausner mit Vorwürfen überhäuft wurden, dass sie sich in der letzten Sitzung des Budgetausschusses von den Gesinnungsgenossen getrennt und mit den Abgeordneten der Verfassungspartei gegen die Bewilligung der Zwanzig-Millionen-Goldrente gestimmt haben. Infolge dessen hat auch in der tags darauf stattgefundenen Sitzung des Budgetausschusses Abgeordneter Smarzewski vor der Abstimmung sich entfernt und Herr Hausner war gar nicht erschienen.

In der Sitzung des Budgetausschusses vom 13. d. M. wurde die Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes während der Monate April und Mai 1880, fortgesetzt, und zwar über den § 4 (Emission von zwanzig Millionen Goldrente).

Abg. Dr. Dunajewski referiert im Namen des in der letzten Sitzung gewählten, aus drei Mitgliedern bestehenden Subcomités. Das Comité habe Einsicht genommen in die auf den Gegenstand bezüglichen, ihm von der Finanzverwaltung vorgelegten Ausweise. Er sei mit Rücksicht darauf, dass seitens der Regierung die Bereitwilligkeit zur Vorlage dieser Ausweise mit der Erklärung begleitet worden sei, dass sie diesfalls Discretion voraussetze, nicht in der Lage, Details mitzutheilen. Er könne nur erklären, dass alle drei

Mitglieder des Comités die Ueberzeugung gewonnen hätten, dass, wenn die von der Regierung begehrte Summe nicht bewilligt werden sollte, die Finanzverwaltung dadurch in einem nicht zu entfernten Zeitpunkt in Verlegenheit gerathen würde.

Abg. Dr. Sturm erklärt, die gemachte Mittheilung des Subcomités könne ihn von der neulich ausgesprochenen Ueberzeugung nicht abbringen, dass der begehrte Credit nicht zur provisorischen Steuerbewilligung gehöre. Die Regierung werde, sobald der Bericht des Generalreferenten vorliege und man die Höhe des Deficites kennen werde, in der Lage sein, mit einer entsprechenden Vorlage vor das Haus zu treten.

Abg. Reithammer will, nachdem in der letzten Sitzung allseitig anerkannt worden sei, dass der in Rede stehende Gegenstand sich zur Aufwerfung der Frage des Vertrauens oder Misstrauens nicht eigne, auch seinerseits von einer Besprechung der Sache in diesem Sinne Umgang nehmen. Nur eine Aeußerung in der letzten Sitzung müsse er zurückweisen, welche dahin gieng, als sei die derzeitige Majorität des Hauses verantwortlich für die Nichtbewilligung der Steuern und am Ende auch gar für das Deficit. Er hoffe, dass Aeußerungen dieser Art sich nicht wiederholen werden.

Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärt Abgeordneter Dr. Dunajewski, dass das Comité lediglich damit betraut wurde, sich von den Bedürfnissen der Finanzverwaltung durch Einsichtnahme in die betreffenden Ausweise die Ueberzeugung zu verschaffen und daher einen meritorischen Antrag nicht zu stellen habe. § 4 wird sodann mit 17 gegen 13 Stimmen (die Mitglieder der Verfassungspartei) angenommen. — Mit der gleichen Stimmenzahl erfolgt auch die Annahme des § 5 sowie des Titels und Einganges des Gesetzes. Bei der hierauf erfolgten Wahl des Berichterstatters werden 24 Stimmentzettel abgegeben, wovon fünf leer sind, während auf den Abgeordneten Ritter v. Smarzewski eine und auf den Abgeordneten Dr. Dunajewski 18 Stimmen fallen. Der letztere ist daher als Berichterstatter gewählt.

Oesterreichischer Reichsrath.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. März.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Korb-Weidenheim, Prajak, Kriegsbau.

Der Präsident theilt mit, dass ihm vom Obersthofmeister des durchlauchtigsten Kronprinzen ein Telegramm des Inhaltes zugekommen ist, dass der Kronprinz und die Prinzessin Stephanie die Glück-

wünsche des Abgeordnetenhauses mit wärmstem Danke entgegengenommen haben und dass Sr. k. und k. Hoheit sich vorbehalte, in Wien die Deputation des Abgeordnetenhauses zu empfangen und mündlich seinen Gefühlen Ausdruck zu geben. (Beifall.)

Bei Uebergang zur Tagesordnung begründet Abg. v. Kozlowski seinen Antrag, betreffend den Bau der galizischen Transversalbahn, und wird derselbe dem Eisenbahnausschusse zugewiesen.

Es folgt die Specialdebatte über die Vorlage, betreffend die Arlbergbahn.

Gegen Artikel I, welcher die Kosten mit 35.6 Millionen beziffert, spricht Abg. Fürnkranz, weil die Bevölkerung keine weitere Belastung ertragen könne.

Abg. Heilsberg polemisiert gegen die gestrige Rede des Abg. Hausner und empfiehlt die Forterhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland, welches allein bei der jetzigen Situation in Europa die Interessen der österreichischen Monarchie, auch die wirtschaftlichen, zu fördern geeignet sei. So sehr die innere Politik Frankreichs jeden Liberalen mit Befriedigung erfülle, eben so wenig könne ihm dessen äußere Politik zusagen, die auf ein Bündnis mit Russland gerichtet ist.

Abg. Ed. Sueß bemerkt, das Haus könne sich nicht auf die Frage einlassen, welche Trace die richtige sei; die Verantwortlichkeit hiesfür müsse der Regierung überlassen bleiben. Es wäre daher zweckmäßig, dem § 1 eine vorsichtiger Fassung zu geben, und er beantrage deshalb, im § 1 die Worte „durch den Arlberg zur Verbindung mit der Vorarlbergerbahn“ wegzulassen.

Abg. Graf Heinrich Clam erklärt, für den Artikel I zu stimmen, weil der Bau der Arlbergbahn eine Staatsnothwendigkeit sei. Es könne damit ihm und seiner Partei nicht der Vorwurf gemacht werden, dass sie sich damit auf das vielgeschmähte Gebiet der Eisenbahngründungen begeben. Sei die Arlbergbahn eine Staatsnothwendigkeit, so war die bisherige Nichtausführung derselben eine Unterlassungssünde, die seine Partei sich verpflichtet fühle, so rasch als möglich gut zu machen. (Beifall rechts.) Man möge sich hüten, an die Arlbergbahn politische Combinationen zu knüpfen, die heute jeder realen Grundlage entbehren. Die Bahn werde erst in sechs Jahren beendet, und wer könne voraussagen, wie sich die politische Constellation bis dahin gestalten werde? Es möge sein, dass die Arlbergbahn neben der handelspolitischen auch die politische Unabhängigkeit Oesterreichs mit sich bringen werde, aber sie werde sich dann richten gegen wen immer, ohne dass man dies heute schon prognostizieren sollte. (Beifall.) Dem Amendement Sueß stimme er bei, obwohl es klar sei, dass der Arlberg, der nicht

Feuilleton.

Versuche zur Hebung der Rindviehzucht in Krain (von 1771 bis 1877).

Von Franz Schollmayer.

(Schluss.)

Fasst man nun alle obige Daten zusammen, so kommt man zu folgenden Schlüssen, wie die Viehzuchtverhältnisse sein sollten oder könnten.

I. In den Jahren 1869 bis 1871 wurden prämiirt die Originalthiere des Müritzthaler, Mariahofer und Mollthal-Pinzgauer Schlages, und zwar: 41 Stiere. Diese sollten durch zwei Jahre nur à 150 Stück Röhre belegen, nach Abschlag der Fehldeckungen und nicht in Betracht gezogen, dass mancher Stier auch drei Jahre sprunghähig ist, beträgt der Erfolg 12,300 Stück.

II. In den gleichen Jahren sind 32 Röhre und 47 Kalbinnen prämiirt worden, wenn jedes Mutterstüch nur 4 Kälber geworfen hätte, so wäre der Erfolg = 516 Stück.

III. Hiezu kommt noch die prämiirte Anzahl von 41 Stieren, 32 Röhren und 47 Kalbinnen zu rechnen = 120 Stück.

IV. In den Jahren 1872 bis 1877 sind ins Land gekommen 278 Stiere, welche durch zwei Jahre à 150 Kälber geliefert hatten = 83,400 Stück. Dann von 439 Stück Mutterthieren 4 Kälber durch vier Jahre = 7024 Stück.

V. Hiezu die ins Land gebrachten Originalsubventionsthiere 278 Stiere und 439 Mutterthiere = 717 Stück.

Summe des in den Jahren 1868 bis 1877 im Lande prämiirten, dann des Subventionsviehes und dessen erste Kreuzungen = 104,077 Stück.

Würde die Rechnung weiter ausgedehnt, und zwar so, dass diese im ersten so wie im zweiten Jahre erhaltene Kreuzung oder auch Reinzucht sich jedes Jahr weiter fortpflanzte, so potenciert sich das Kreuzungsproduct der Art, dass heute im ganzen Lande Krain, welches 189,540 Stück oder in runder Zahl angenommen 200,000 Stück Rinder zählt, jedes einzelne Stück aus der Kreuzung hervorgegangen sein müsste. Leider muss ich jedoch constatieren, dass dies auch nicht einmal annäherungsweise der Fall ist. Ich veranschlage, dass im ganzen Lande sammt dem ausschlaggebenden Radmansdorfer-Rothviehbezirke von dem insgesammten Rindviehe kaum 30 Procent gute, mittlere und schlechte Kennzeichen der lehterhaltenen Kreuzung durch das Subventionsvieh an sich tragen. Auf solche Geldopfer, auf solche Mühe und Aufopferung, mit welchem das Vieh ins Land gebracht wird, sind dies zu geringe Resultate.

Die vorhandenen Kreuzungen lassen leider auch alles zu wünschen übrig. Es muss eine strenge Kreuzungsrichtung mit einer sehr wachsamem, unnachsichtigen Controle, besonders bei den Stierhältern, die bis jetzt fast gänzlich unterlassen, eingehalten, Pflege, Wartung, Stallungen und das Wirtschaftssystem anders einge-

richtet und ein gewisses nothwendiges bäuerliches Wissen, d. h. eine Intelligenz für diese Volksklasse durch zweckmäßige Landschulen geschaffen werden, sonst wären auch Millionen und andererseits selbst Hunderte von Jahren nicht hinreichend, um das Ziel zu erreichen.

Ein großer Uebelstand in Krain, welcher die Hebung der Rinderzucht hintanhält, sind die Armut des kleinen Besitzers, aus welcher oft Uebervorteilungen erwachsen, der zersplitterte Grundbesitz, die überhaltenen Hutweiden und Alpentristen, dann der Umstand, dass diese Provinz, mit Ausnahme des Winkels in Oberkrain, der Bochein, der Beldezer Gegend, des Kronauer- und Lengensfelder Thales, nach allen Seiten an solche Provinzen angrenzt, welche in ihren Grenzbezirken kein Originalvieh haben, sondern gleichfalls nur solch' bastardiertes Gemisch, wie es in Krain vorkommt. Ich meine das unmittelbare Grenzgebiet von Unterkärnten, Untersteiermark, Kroazien, Istrien und das Küstenland. Mit diesem Gemisch wird auch der Tageshandel hüben und drüben gemacht und auf diese Weise das Ziel nicht oder sehr schwer erreicht.

Oberkrain hingegen ist nach der Lage direct angewiesen, mit den Originalrothvieh- (Mollthaler) Bezirken Oberkärntens zu verkehren und da in diesem Landesheile mehrere große Viehzüchter sich selbst ohne Subvention seit Jahren Original-Mollthaler Zuchtrinder anschafften und dazu noch später die Staatsubvention gekommen ist, so haben diese den Ausschlag gegeben, dass in diesem Theile des Landes heute gegen 70 Procent theils reine Zuchten, theils gute Kreuzungen des Mollthaler Schlages vorfindig sind.

umgangen und schwer überfahren werden könne, durchfahren werden müsse.

Abg. Dr. Ruß polemisiert gegen den Vorredner und fordert ihn auf, da er sich nur immer in der Negative befinde und stets nur den herbsten Tadel über das bisherige politische und wirtschaftliche System ausspreche, endlich einmal sein staatswirtschaftliches Programm dem Hause bekannt zu geben. Er weist die Vorwürfe gegen das bisherige System zurück. Sei ja doch die Rudolfsbahn, welche den Staat so außerordentlich belastet, eine Schöpfung der Sistrungsperiode. (Beifall links.)

Abg. Friedmann stellt den Antrag, daß Artikel I vollinhaltlich nach der Regierungsvorlage angenommen und die Bezeichnung Arlbergbahn beibehalten werde.

Handelsminister Freiherr v. Korb-Weidenheim ersucht das Haus, die gestellten Amendements abzulehnen, weil damit das Princip des Artikels ganz abgeändert, wenn nicht eliminiert werde. Die Ermächtigung zur Finanzierung und zum Baue der Bahn müsse hier unbedingt ausgesprochen werden, sonst würde sich bei der Bedenkungsfrage die ganze Debatte wiederholen und die Gesetzgebung in einem Kreise bewegen. Was die Kosten von 35.600.000 fl. betrifft, so hofft der Minister, damit das volle Auslangen zu finden. Schließlich ersucht der Minister, den Artikel I unverändert anzunehmen, da hier das Interesse der Regierung mit dem des Hauses Hand in Hand gehe. (Beifall.)

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses angenommen, und werden die gestellten Amendements abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Zu den Resolutionen, betreffend a) die Linie Sissef-Doberlin, b) den Anschluß an Serbien, c) die Beseitigung der Hindernisse auf der Donau bei Gönyö, sprechen befürwortend die Abgeordneten Vitezic und Falke, während sich Abg. Ed. Sueß gegen Punkt 3 erklärt. Die Resolution wird unverändert angenommen.

Abg. Friedmann beantragt eine Resolution, die Regierung möge dafür sorgen, daß die Arlbergbahn kein anderes Gefälle habe, als die Brenner- und Giselabahn. Abg. Schor erklärt sich gegen dieselbe, weil sie der Regierung eine gebundene Marschroute bezüglich der Bau Ausführung geben würde. Sectionschef Fußwald spricht sich gleichfalls gegen die Resolution aus, deren Durchführung eine Mehrausgabe von 3 Millionen zur Folge haben würde.

Die Resolution wird abgelehnt und sodann das Arlbergbahn-Gesetz in dritter Lesung zum Beschluß erhoben (mit allen gegen 23 Stimmen).

Schluß der Sitzung $\frac{1}{4}$ 4 Uhr. — Nächste Sitzung Montag.

Vorgänge in Deutschland

In Deutschland bildet der definitive Austritt Lasfers aus der nationalliberalen Partei das wichtigste Ereignis und wird umso lebhafter discutiert, als wahrscheinlich Jordanbeck, Stauffenberg, Lamberger und Braun (aus Wiesbaden) seinem Beispiele folgen dürften. Die Genannten gehören mit Lasker zur Minorität, welche bei den letzten Fraktionsberatungen nicht erschienen ist und deshalb von der Parteileitung aufgefordert wurde, entweder an den Fraktionsitzungen theilzunehmen oder auszutreten. Lasker hat das letztere gewählt. Die Differenz zwischen Lasker und Bennigsen datiert weit zurück und kam seit 1874 wiederholt in den Fraktionsversammlungen offen zum Ausbruche, wurde

Daß zur Hebung der Viehzucht in erster Linie die Hebung der Bodencultur und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nothwendig ist, benützt wohl keiner weiteren Begründung, und man lese darüber die Thatsachen in dem Werke „Die Regelung des Grundeigentums“ vom F. F. Hofrath Carl Pegerer (S. 61), wo Krain hinsichtlich seines Culturzustandes nach Dalmazien und dem Küstenlande eingereiht erscheint. Wie jedoch die Hebung der Wirtschaft und der Viehzucht zustande gebracht werden kann, ersieht man im selben Werke. (S. 217—221.)

Werden diese Hauptmängel halbwegs behoben und der Rindviehstand in seinen Körperformen und seinem Gewichte verbessert, ohne daß man die schönen und schweren Kreuzungskälber gleich dem Fleischhauer überliefert, so wird bei dem Umstande, als das Landschlammmaterial sonst gute Eigenschaften besitzt, wie: Milchergiebigkeit, Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, gute Arbeits-Nutzungsfähigkeit bei Ausdauer und lebhafter Gangart, sicherlich das krainische Rind bessere Preise erzielen, als in den letzten Jahren, beispielsweise für eine Kuh 30 bis 60 fl. und für ein Paar Ochsen 120 bis 180 fl. Fremde Käufer müssen dann durch Reclame, durch Viehausstellungen und andere Mittel herangezogen, nicht aber etwa durch Hindernisse, die man ihnen in den Weg legt, abgeschreckt werden.

Für den zu verkaufenden heimischen Viehüberschuß muß der fremde Käufer dem heimischen, oft gewissenlosen Monopolisten in der Gestalt des Orts-Fleischhauers gehörige Concurrrenz machen, so wird sich der Viehpreis steigern, und hiedurch dem Viehzüchter für seinen Fleiß, seine Mühe, seine Futter- und Züch-

aber stets, um den Schein der Einheit der Partei zu wahren, verkleistert. Im vorigen Jahre erweiterten die Zollvorlagen den Riß, der jetzt zur offenen Trennung geführt hat. Geht die conservativ-clericale Coalition in die Brüche, dann werden die vereinigte Bennigsen'sche nationalliberale und die freiconservative Partei die neue Mehrheit bilden.

Der Militärcommission des deutschen Reichstags ist auf ihren Wunsch eine Reihe interessanter Mittheilungen seitens der Verwaltung zugegangen. Was die Absichten in Bezug auf die Uebungen von Mannschaften der Ersatzreserve erster Klasse anlangt, so ergibt sich, daß die neulich in der Commission angekündigte jährliche Aushebung von 12,000 Mann nur den auf den preußischen Bereich entfallenden Antheil bedeutet. Für Baiern, Württemberg und Sachsen werden zusammen noch etwa 2500—3000 Mann hinzukommen. Für die nächsten Jahre wird indes eine größere Uebungsstärke als erwünscht bezeichnet. Andererseits ist von großer Wichtigkeit, daß die bis zum Erlaß des Gesetzes an die Ersatzreserve erster Klasse überwiesenen Mannschaften von den Uebungen befreit sein sollten. Von der beabsichtigten Vermehrung der Friedenspräsenzstärke entfallen auf den preußischen Bereich 19,206, auf Baiern 1980, auf Sachsen 3398 Mann. Ueber die Manquements im Officiers- und Unterofficierscorps erhält man folgenden Aufschluß: Im preußischen Bereiche manquirten Ende Oktober 1879 noch 974 Officiere. Im Jahre 1875 manquirten in demselben Bereiche bei einem Etat von 34,376 Unterofficieren 5217, Ende Oktober 1879 dagegen bei einem Etat von 34,700 Unterofficieren nur 1460 Mann.

In der Sitzung vom 12. d. M. machte der Regierungsvertreter hochinteressante Mittheilungen über die Befestigung der französischen Grenze von Belfort gegen Mézières, durch Festungen und Sperrforts, welche jede Eisenbahn und Straße vollkommen beherrschen und bei einem eventuellen Kriegsfalle mit Frankreich umfassende Belagerungen unmittelbar am Beginn der Offensive absolut nothwendig machen würden. Es sind in Entfernungen von sechs bis zehn Kilometern Forts errichtet, deren Armierung aus 35 bis 100 Geschützen besteht. Damit wurde die erhebliche Vermehrung der Fußartillerie motiviert. — Die Militärgefeßcommission hat in ihrer Sitzung vom 13. d. M. den Paragraphen 1 der Vorlage mit der Maßgabe angenommen, daß nicht ein Procent der Bevölkerung, sondern die Ziffer von 427,274 Mann als Friedenspräsenzstärke fest eingestellt wird. Die Uebungspflicht der Ersatzreserve erster Klasse wurde auf vier Uebungen erstreckt, die Erhöhung der Cadres unverändert genehmigt.

Die „Germania“ erfährt, der Papst habe dem Erzbischofe von Köln seine Anerkennung für die von letzterem herausgegebene Erklärung der Encyclica und über den Socialismus ausgesprochen. Seine Heiligkeit hege den lebhaftesten Wunsch, den kirchlichen Frieden bald in Deutschland zurückkehren zu sehen, und habe erklärt, seitens des heil. Stuhles werde alles geschehen, um die gestörte Eintracht zwischen Staat und Kirche wieder herzustellen.

Die Jesuitenfrage in Frankreich.

Frankreich hat sozusagen über Nacht seine Jesuitenfrage bekommen. Der Ministerrath soll einstweilen beschlossen haben: 1.) daß er nicht zurücktritt; 2.) daß er, wenn schon jetzt eine Interpellation eingebracht werden sollte, die Vertagung derselben bis nach der

tungskosten ein sicherer Gewinn bei der Wirtschaft erwachsen. Auf diese Weise steigert sich dann auch von selbst die wünschenswerte und bis jetzt leider fast gänzlich abgängige Liebe zur edleren Rindviehzucht. Dies ist die praktische Züchtungsschule, wobei der fremde Käufer bei Anwendung von hohen Preisen auch ein besseres Material sucht und kauft und beim Kauf in der Regel dem Viehverkäufer alle Fehler und Mängel des Stückes Vieh ins Gesicht sagt. Bisher war es aber dem einzigen Käufer, dem localen Fleischhauer, ganz gleichgültig, von welcher Beschaffenheit das Rind war, wenn nur etwas Fleisch und die Haut daran hingen, den Preis machte er sich dem entsprechend selbst.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der in der Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft im Monate November 1877 beantragte und von den anwesenden 17 Mitgliedern genehmigte Beschluß, daß jede Gemeinde in Krain verpflichtet sein soll, einen Sprungstier zu halten, in dieser Fassung angesichts der krainischen Verhältnisse nicht nur undurchführbar ist, sondern auch jede bisher angestrebte Züchtungsrichtung in Frage stellt. Auch ich bin der Anschauung, daß, wenn in Krain die Hebung der Viehzucht wesentlich gefördert werden soll, ein diesbezügliches Landesgesetz am Plage wäre, doch müßte dessen Fassung eine den Verhältnissen anpassendere sein, welche auch die factische Durchführbarkeit vor Augen behielte, damit sich dieses neue Landesgesetz nicht jenen anreibe, welche in der Registratur verstauben und wenig oder gar nicht gehandhabt werden.

zweiten Lesung der Ferry'schen Vorlage beantragen und 3.) daß er auf keinen Ausgleich in Bezug auf den Artikel VII eingehen werde. Ein Mitglied des Cabinets hätte die Ansicht geäußert, daß die Lage dieselbe wäre, wie im Jahre 1845. Damals sei die französische Regierung durch Rossi in Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhl getreten und hätte von dem Papste selbst die Schließung der Jesuiten-Gymnasien und die Auflösung der Noviciate erwirkt. Der Conseil fand, wie der „Globe“ hinzufügt, daß dieser Präcedenzfall alle Beachtung verdiene und daß die Regierung, indem sie das bevorstehende Vertrauensvotum der Kammer annimmt, sich jedenfalls ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalten solle. Dagegen versichert man dem „Français“, Herr v. Freycinet hätte dem Ministerrathe den Entwurf eines vermittelnden Artikels vorgelegt, welcher bei der zweiten Lesung an Stelle des jetzigen Artikels VII eingebracht werden solle; Herr Jules Ferry hätte diesen Vorschlag bekämpft und die Majorität des Cabinets wäre auf seine Seite getreten. Ein Telegramm der „Berliner Nationalzeitung“ will wissen, der Ministerrath habe beschlossen, in der Jesuitenfrage gar nichts zu thun. Ueberraschend war die Feststellung des Ministerrathes, daß der Stand der Gesetzgebung keinesfalls die Ausweisung der Jesuiten gestatte. Bis jetzt werde von der Regierung sehr nahe stehender Seite eine andere Ansicht verfochten und behauptet, daß die Ausweisung der Jesuiten ohneweiters zulässig sei.

Die gegen die Congregationen, wenigstens formell noch zurecht bestehenden Gesetze sind folgende: 1.) Decret vom 13. bis 19. Februar 1790, durch welches die constituierende Versammlung alle religiösen Orden abschafft, von welchen feierliche Klostergelübde abgelegt werden; 2.) das Decret vom 1792, welches die vollständige Unterdrückung aller religiösen Körperschaften auspricht; 3.) das Concordat vom 18. Germinial des Jahres X, welches die vorstehenden Decrete gutheißt und bestimmt, daß die allein anerkannten religiösen Anstalten die Capitel für die bischöflichen Kathedralen und die Seminarier, eines in jeder Diöcese sind; 4.) das Decret vom 7. Messidor des Jahres XII (22. Juni 1804), welches auf den früheren Gesetzen beruht und alle religiösen Männer- oder Frauenorden verbietet, wenn sie auch durch ein Specialdecret ermächtigt worden; 5.) die Artikel 291 und 292 des Strafgesetzbuches, welche jede religiöse oder andere Gesellschaft von über 20 Personen verbieten. Diese verschiedenen Gesetze sind auf alle nicht anerkannten religiösen Congregationen anwendbar. Gegen die Jesuiten speciell gibt es aber noch eine Reihe von Gesetzen, welche vor 1789 erlassen wurden. Diese sind: die Beschlüsse des Pariser Parlaments vom 6. August 1762, 1. Dezember 1764 und 9. Mai 1767; das Edict von Ludwig XV. vom November 1764 und das Edict von Ludwig XVI. vom Mai 1777. Die Gesetze gegen die Jesuiten wurden 1845 zum letztenmale in Anwendung gebracht. Diese waren nach 1830 ganz in der Stille wieder nach Frankreich zurückgekommen. Am 2. Mai des genannten Jahres wurde deshalb die Regierung in der Deputiertenkammer von Thiers interpelliert, bei welcher Gelegenheit alle obigen Gesetze und Decrete einer langen Debatte unterworfen wurden. Am 3. Mai wurden dieselben von der Kammer durch folgende Tagesordnung bestätigt: „Die Kammer verläßt sich auf die Regierung wegen der Ausführung der Gesetze des Staates und geht zur Tagesordnung über.“ Die Regierung kam dieser Aufforderung nach, und die Jesuiten mußten das Land räumen. Erst unter dem Präsidenten Napoleon kamen sie wieder zurück.

Wie der „Köln. Ztg.“ aus Paris telegraphiert wird, ist die Agitation für Austreibung der Jesuiten aus Frankreich im Zunehmen begriffen. In Lyon hat eine dahin zielende Petition bereits Tausende von Unterschriften gefunden. Die Studenten durchziehen Lyon mit dem Rufe: „Es lebe der Artikel VII!“ Ernstere Ruhestörungen sind jedoch noch nicht vor-

gewiss scheint, daß die Jesuiten sich nicht ohne weiters einem Ausweisungsbefehle fügen, sondern die Gerichte anrufen werden, welche über die Geltung der alten Edicte zu entscheiden hätten. Mit Bezug auf die seitens der Justiz zu gewärtigende Entscheidung erinnert John Lemoine im „Journal des Débats“ daran, daß der Generalprocurator am Cassationshofe, Smaot, Vertaub, sich in der Debatte die Aeußerung habe ent-schlüpfen lassen, man werde nichts dagegen thun, woran die Jesuiten sich in ihren Häusern versammeln, zu rufen: der Herzog v. Broglie nicht versäumt hatte, zu rufen: „Wir nehmen von dieser Erklärung Act!“ Sprächen sich die Gerichte also zu Gunsten der Jesuiten aus, so würden die Radicales für ihre Clubs dieselbe Freiheit verlangen, die man den Mönchen für ihre Genossenschaften nicht versage, und so thürmten sich nur Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Das alles beweist nur, daß die Republikaner nie dringender Borsicht und Mäßigung bedürftigen, als in diesen entscheidungs-schweren Tagen.

Einer telegraphischen Meldung aus Paris vom 13. d. M. zufolge wird die Regierung keinerlei neue Fassung für den § 7 des Unterrichtsgesetzes beantragen

und bei der zweiten Lesung nicht intervenieren. Betreffs der beabsichtigten Interpellation in der Kammer scheint die Regierung geneigt, die Tagesordnung anzunehmen, daß der Regierung die Sorge überlassen werde, die Lage der religiösen Congregationen auf ihre Verantwortung unter Beachtung der bestehenden Gesetze zu regeln.

Zur Wahlbewegung in England.

In England ist die Wahlbewegung im vollen Fluß. Von allen Seiten regnet es Manifeste. Die von liberaler Seite ausgehenden Wahlausrufe richten sich fast sämmtlich gegen das Schreiben Beaconsfields. Die erste Antwort darauf erfolgte von dem Führer der Howeruler, Herrn Shaw. Sie ist über Gebühr abgefaßt. In wenigen Zeilen wird Lord Beaconsfield verschiedenemale höchst ungewissen ein Lügner, Betrüger und Quacksalber gescholten. Er habe in seinem Manifest den Wählern „falsche“ Standpunkte aufgestellt; habe versucht, die schlimmsten Leidenschaften der Unwissenden zu entflammen; habe „durch sträfliche Pflichtvergessenheit“ dem Nothstande Irlands beizutreten zu thun versäumt; habe die Gesinnung des irischen Volkes „wiederholt falsch“ dargestellt; habe mit vollem Bewußtsein seine Partei „mit einer Lüge in der rechten Hand“ auf den Wahlplatz geschickt; habe im Bereiche der auswärtigen Politik sich so „arge Dichtungen“ erlaubt, daß er kaum der Mühe verlohne, darauf zu antworten. Diese Blumenlese wird genügen, den Ton der Ansprache zu kennzeichnen; doch steht zu hoffen, daß es nur von den wenigsten Gegnern des Ministeriums als muster-gültig und nachahmenswert betrachtet werden wird. Von sonstigen Wahlsprachen, die bis nun vorliegen, seien nur die Forsters, eines der Gladstone'schen Ex-minister, und eine Gesamtansprache der drei Vertreter Birmingham's, Bright, Munz und Chamberlain, an ihre Wählerschaften erwähnt. Sie sind alle-sammt kurz gefaßt und erklären im wesentlichen nur, daß die bezüglichen Herren ihrer bisherigen, wohl-bekannteren Politik auch fernerhin unbeirrt treu bleiben werden.

Das Cabinet Beaconsfield kann sich indes rüh-men, daß auch außerhalb Englands die lebhaftesten Wünsche für seinen Sieg gehegt werden. In Berlin macht man kein Hehl daraus, daß man der Oppo-sition eine gründliche Niederlage gönnt, und in Paris für Lord Beaconsfield Partei, indem sie sagt, er ver-stehe in auswärtigen Angelegenheiten das Interesse Englands besser zu wahren, als seine liberalen Gegner. Interessant ist ein historischer Rückblick in einem Lon-doner Briefe der „Kölnischen Zeitung.“ Von den zehn Königin Victoria erfolgten, war nur die allererste und die jetzt bevorstehende keine eigentliche Berufung an das Volk über eine wichtige Frage, worüber die Re-gierung sich mit dem Parlamente nicht im Einklange befand oder befindet. Im Jahre 1837, gleich nach dem Regierungsantritte der Königin, hielt Lord Mel-bourne, damals (seit 1834) Premierminister, eine neue Parlamentswahl für angemessen, obgleich sie verfassungsrechtlich nicht notwendig war. Seitdem haben acht allgemeine Wahlen stattgefunden, aber nicht eine einzige ohne einen besonderen Anlaß, der die Berufung an das Volk notwendig machte. Im Jahre 1841 gab Sir Robert Peel den Anstoß zur Parlamentsauflösung durch ein erfolgreiches Miß-trauensvotum. Die Parlamentsauflösung im Jahre 1847 wurde durch den Widerstand der Schutzvölker gegen die irische Zwangsvorlage herbeigeführt. Die Wahlen im Jahre 1852, welche Lord Derby auf genau dreihundert Tage in das Amt brachten, erfolg-ten, als die Regierung Russells an der Mißtrouvorlage Schiffbruch gelitten hatte. Im Jahre 1857 wieder ver-urtheilte eine ungünstige Abstimmung über den Krieg mit China Palmerstons Berufung ans Volk. Derselbe Premierminister schritt 1859 zur Auflösung, weil sein bekanntes Verschwörungsgesetz mit 19 Stimmen Mehr-heit abgelehnt worden war. 1866 führte der Partei-kampf um die Reformfrage zu neuen Wahlen, 1868 waren Gladstones irische Reformvorschläge die Ver-anlassung, 1874 das Mißglücken von Gladstones irischer Universitätsvorlage. Heute gibt es wohl Streit-fragen zwischen den Parteien, aber keinen Anlaß zu einer Berufung, da das Parlament treu zur Regie-rung gehalten hat; eine feindliche Abstimmung liegt nicht vor.

Tagesneuigkeiten.

— (Erste Bundesversammlung der öster-reichischen Gesellschaft vom „Roten Kreuz.“) Die Mitglieder der vom Landesverteidi-gungsminister Baron Forst einberufenen ersten Bundes-versammlung der österreichischen Gesellschaft vom „Roten Kreuz“ hielten Samstag abends im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landtages eine vertrauliche Vor-besprechung. Zu derselben hatten sich nebst Baron Forst 90 Mitglieder eingefunden, und zwar 29 Delegierte der Landeshilfsvereine, 25 Delegierte der Frauenhilfsvereine und 36 Ausschüsse des „Österreichischen patriotischen

Hilfsvereins. Die Sectionen traten gesondert zusammen und einigten sich für sämtliche Wahlen. Vorgesprochen wurden: zum Bundespräsidenten Carl Freiherr v. Tinti, zum ersten Vicepräsidenten Franz Graf Meran, zum zweiten Vicepräsidenten Josef Freiherr v. Pasqualati, zur ersten Vicepräsidentin Johanna Fürstin Auersperg, zur zweiten Vicepräsidentin Wilhelmine Baronin Conrad v. Eybesfeld.

— (Sectionschef Fider †.) Am 12. d. M. ist in Wien der Sectionschef und Präsident der k. k. sta-tistischen Centralcommission, Dr. Adolf Fider, nach längerer Krankheit im 64. Lebensjahre verschieden. Der-selbe, ein geborener Olmützer, hatte sich frühzeitig aus Vorliebe dem Lehramte gewidmet und sich in diesem Berufe insbesondere auch mit historischen Arbeiten be-schäftigt. Eine lange Reihe historischer Aufsätze erschien seit 1833 in Zeitschriften, denselben folgte in zwei Bänden ein „Grundriß der Weltgeschichte,“ worin Fider der Erste es versuchte, die Resultate der kritischen For-schungen auf dem gesammten Gebiete der Wissenschaft aus den letzten Decennien auch der studierenden Jugend Oesterreichs zugänglich zu machen. Schon während seines Aufenthaltes in Czernowitz hatte er mit seiner erfolg-reichen Wirksamkeit im Lehramte eine praktische in wei-teren Kreisen verbunden, und ist Fider einer der haupt-sächlichsten Gründer der dortigen Landesbibliothek und des Vereines für Landeskultur und Landeskunde, welcher letztere jedoch seit Fiders Berufung nach Wien nur in Ernennung von Mitgliedern Lebenszeichen seines Be-standes gibt. Am 22. Jänner 1853 wurde Fider zum Ministerialsecretär im Handelsministerium ernannt und der Direction für administrative Statistik zugewiesen. Auf diesem Posten arbeitete Fider im Geiste seines Chefs, des Freiherrn v. Czernig, und suchte dessen Ge-danken, mit der administrativen Ausbildung der amtli-chen Statistik auch ihre wissenschaftliche Förderung zu verbin-den, zu verwirklichen. Unter Fiders unmittelbarer Redaction ist der erste Band neuer Folge des großen Tabellenwerkes und der zweite bis sechste Jahrgang der „Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik“ erschienen. Die Vorrede zu Czernigs großem ethnographischen Werke nennt ihn als den hauptsächlichsten Mitarbeiter für die seit seinem Amtsantritte bearbeiteten Partien desselben. Bei der Versammlung des statistischen Congresses zu Wien im Jahre 1857 fungierte Fider als Secretär der Vor-bereitungscommission und des Congresses, und seine „Ge-schichte dieser Versammlung“ wurde von der in- und ausländischen Presse als das würdigste Denkmal der Leistungen Oesterreichs für den Congress und auf dem-selben bezeichnet.

— (Anna Fröhlich), die letzte der Schwestern, deren Name unzertrennlich mit jenem Grillparzers ver-knüpft ist, ist am 11. d. M. in Wien gestorben. Sie erreichte ein Alter von 87 Jahren. Das Zimmer, in welchem Grillparzer durch mehr als zwanzig Jahre gelebt und das durch die Fürsorge der Schwestern Fröhlich un-verändert geblieben, wie es der Abgeschiedene verlassen, wird nun bald geräumt sein, und dürfte, der Zusicherung der nunmehr verbliebenen Freundin Grillparzers entsprechend, seine reichen Manuscript-, Bücher- und Erinnerungs-schätze binnen kurzem in den Besitz der Stadt Wien übergehen. Abgesehen von einigen kleinen Legaten widmete die Verstorbene ihren ganzen Nachlaß, circa 80,000 fl., zur Errichtung einer „Schwester-Fröhlich-Stiftung“ zur Unterstützung dürftiger, hervorragender künstlerischer und literarischer Talente und Stipendien und Pensionen. Die Stiftung ist Universalerbin der Verstorbenen. Die für die Aufführung der Grillparzer-schen Stücke in Zukunft noch fällig werdenden Tan-tdimen fallen der Wiener Schiller-Stiftung (Zweigverein der deutschen Schiller-Stiftung) zu.

— (Expedition nach Olympia.) Im Monate Mai geht eine österreichische Expedition unter Leitung des Professors der klassischen Archäologie an der Wiener Universität, Dr. Otto Benndorf, nach Olympia ab; die-selbe wird nebst dem Genannten noch aus den Herren Dr. E. Petersen, Professor in Prag, und Dr. W. Gurllit, Professor in Graz, ferner einigen Mitgliedern des archäolo-gischen Seminars der Universität in Wien und einem Architekten bestehen. Privatdocent Dr. Wilhelm Klein geht bereits im Laufe der nächsten Tage nach Griechen-land und kommt mit den oben genannten Herren sodann in Olympia zusammen. Nachdem auch Professor Ernst Curtius aus Berlin demnächst sich nach Olympia be-gibt, dürfte dieser Ort ein Wallfahrtsort vieler gelehrter Alterthumsforscher werden.

Locales.

— (Glückwünsche.) Weitere Glückwünsche zur Verlobung Sr. k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kron-prinzen Erzherzog Rudolf haben beim hiesigen k. k. Lan-despräsidium dargebracht: Die Directionen des Ober-gymnasiums, der Oberrealschule und der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt, die Bezirkshauptmannschaft Laibach, der Centralausschuß der krainischen Landwirt-schaftsgesellschaft und die Beamten der Südbahn.

— (Todesfall.) Mit Bedauern verzeichnen wir die uns aus Bischofslad zukommende Meldung von dem gestern mittags daselbst erfolgten Hinscheiden des Brauereibesizers und Commandanten der dortigen frei-

willigen Feuerwehr, Herrn August Deisinger. Der nach kurzem Krankenlager im 35. Lebensjahre Verstorbene war ein durch seine ehrenwerte Gesinnung und sein ge-meinnütziges Wirken ausgezeichneter Lader Bürger.

— (Russischer Nihilisten - Spul.) Am Samstag verbreitete sich in Laibach mit jener fliegenden Schnelligkeit, die in der Regel nur von den allerfettesten Sensationsenten erreicht wird, die Nachricht von einem tagsvorher in Moskau vorgefallenen neuen nihilistischen Attentate, das alle vorangegangenen ähnlichen Schand-thaten an Gräßlichkeit weit überbiete, indem diesmal ein ganzer Stadttheil mit dem Kreml in die Luft ge-sprengt worden sei, wobei selbstverständlich eine große Anzahl von Menschen getödtet und verwundet wurde. Ein angeblich in Laibach eingelangtes Privattelegramm — an wen? wußte niemand anzugeben — habe diese Schreckensnachricht gebracht. Dieselbe erhielt im Laufe des Abends dadurch allerdings eine gewisse Beglaubigung, als auch die um 4 Uhr nachmittags hier ein-gelagte Grazer „Tagespost“ ein ähnliches, mit fetten Lettern gedrucktes, jedoch ganz kurzes Telegramm aus Moskau brachte. Mit Spannung sah man daher der nächsten Wiener Post entgegen, aus der man nähere Details über diese neueste Schreckensthat der Nihilisten zu erfahren hoffte. Zum Verdrusse so manchen Zeitungs-lesers — wir glauben hiemit keinen falschen Ausdruck zu gebrauchen — fand sich jedoch weder in den am Sonntag noch in den am Montag vormittags in Lai-bach eingetroffenen Wiener Blättern auch nur ein Ster-benswörtchen über diesen Moskauer Vorfall vor, der sich somit für die vielen, gerne in Sensation machenden Leser „leider“ als eine Ente entpuppte. — Wir er-wähnen dieses im Grunde ganz belanglosen und im rasch pulsierenden Zeitungsleben wohl nicht zum ersten-male vorgekommenen Umstandes übrigens bloß aus dem Grunde, um auf die von etwas voreiligen Kritikern uns im Laufe der letzten Tage schriftlich und mündlich mehr-fach gemachten Vorwürfe zu erwidern, daß unser Blatt vom Correspondenzbureau schlecht bebient werde, so daß man in Laibach selbst „so wichtige“ Vorfälle erst aus „fremden“ Blättern oder „Privattelegrammen“ er-fahre. Es ist uns wahrlich nie im Traume ein-gefallen, den telegraphischen Nachrichtendienst unseres Blattes als einen muster-gültigen, alle überhaupt berich-tenswerten Ereignisse umfassenden zu bezeichnen, aber dadurch, daß wir nahezu täglich wenigstens die aller-wichtigsten authentischen Vorfälle und politischen Nach-richten unseren Lesern in kurzen Originaltelegrammen um volle 24 Stunden früher berichten, als sie dieselben in den großen Wiener Blättern zu lesen imstande sind, glauben wir denn doch jenen Anforderungen zu genügen, die man an ein kleines Provinzialblatt billiger-weise stellen kann. Mit Sensationstelegrammen des oben besprochenen Genres sind wir, wie wir zu unserer Schande gestehen müssen, allerdings schlecht versehen.

Um übrigens nach dieser, im gegebenen Falle wohl verzeihlichen pro domo Abschweifung nochmals auf das letzterwähnte Telegramm zurückzukommen, wollen wir, da dies vielleicht manche interessieren dürfte, nur noch erwähnen, welchem thatsächlichen Vorfall dasselbe seine Entstehung und seine stark entstellte Sensationsfärbung zu verdanken hat. Da sich die Aufklärung hiefür un-seres Wissens bloß in einem der gestern hier eingelangten Wiener Blätter, und auch da nur in einer leicht über-sehbaren unscheinbaren „Tagesneuigkeit“ vorfindet, so dürfte sie vielleicht manchem unserer Leser entgangen sein. Der mit dem bekannten nihilistischen Auspuße in die Welt posante Vorfall reduciert sich nämlich auf einen vor 8 Tagen in Moskau vorgefallenen Fabriks-brand, bei dem leider allerdings 30—50 Menschen ihr Leben verloren haben. Die betreffende, im telegraphi-schen Wege offenbar verballhornte und infolge dessen falsch aufgefaßte Notiz lautet im Original: „Zu Mos-kau brannte am 8. d. M. der „Nowoje Wremja“ zufolge ein vierstöckiges, von einem gewissen Alexander Siwar-towski mietweise übernommenes Fabriksgebäude nieder. 26 Fabrikarbeiter kamen hiebei in den Flammen um, während weitere vier Verstümmelungen davontrugen. Abgesehen von den erwähnten 26 Todten werden noch 16 Arbeiter vermisst, nach denen in den Trümmer- und Aischhaufen gesucht wird. Die Mauern des nieder-gebrannten Gebäudes drohen einzufürzen.“ — Dies also die Erklärung der Nachricht, die Laibach durch 48 Stunden in Athen erhielt.

— (Schadenfeuer.) In Karlsbütte im Gott-scheer Bezirke kam in dem neben der dortigen Dampf-säge stehenden fürstlich Auersperg'schen Wohnhause am 24. v. M. gegen 12 Uhr mittags aus unbekannter Ver-anlassung ein Schadenfeuer zum Ausbruche, welches den Dachstuhl sowie mehrere am Dachboden aufbewahrte Vorräthe des Directors Kosniak der Dampf-säge ein-äscherte und einen Gesamtschaden von 700 fl. anrichtete. Letzterer ist theils bei einer englischen, theils bei der Grazer wechselseitigen Affecuranzgesellschaft versichert. Dem thätigen Eingreifen der Arbeiter, unterstützt von der am Brandplatze erschienenen Feuerwehr der Ge-meinde Laferbach, gelang es, das Feuer auf das eine Object zu beschränken und vor allem die nahestehende bedeutende Bretterniederlage der vom Triester Hand-lungshause Alimonda & Comp. gepachteten Dampf-säge zu retten.

(Aus Jarz.) Bei der am 5. d. M. in der ehemals deutschen Enclave, nun wohl schon ganz sloveniferten Gemeinde Jarz ober Eisnern, einer der höchstgelegenen Ortschaften Krains, vorgenommenen neuen Gemeindevorstandswahl sind gewählt worden, und zwar zum Bürgermeister: Andreas Fröhlich aus Oberjarz, zu Gemeinderäthen: Martin Jenz aus Dautsche, Anton Fröhlich aus Oberjarz, Urban Weber aus Salilog und Nikolaus Fensterle aus Oberdaine.

(Kronprinz-Rudolfsbahn.) Nachdem für den bereits vorgekommenen Fall, als der in der Grenzstation Ponteba um 6 Uhr und 12 Minuten abends eintreffende Sitzzug der Kronprinz-Rudolfsbahn den Anschluss an den nach Udine, beziehungsweise Verona, verkehrenden Sitzzug der oberitalienischen Eisenbahn durch das Nichtzuwarten des letzteren Zuges versäumt, die Reisenden an demselben Tage ihre Reise überhaupt nicht weiter fortsetzen können und ein Uebernachten in Ponteba wegen Mangel an Unterkunft nicht leicht möglich ist, so hat die Kronprinz-Rudolfsbahn von der oberitalienischen Eisenbahn das Zugeständnis erwirkt, dass dieselbe von nun an mit ihrem Sitzzuge in Ponteba unbedingt bis zum Eintreffen des Sitzzuges der Kronprinz-Rudolfsbahn warten und die Reisenden bis Udine, respective Verona weiterführen wird, wo ihre Züge zwar nur 30 Minuten Wartezeit haben, in welchen Stationen die Reisenden jedoch im Falle einer Anschlussversäumnis wenigstens anständig übernachten können.

Einladung

zur 74. Monats- zugleich Generalversammlung des constitutionellen Vereins für Krain

Mittwoch am 17. März, halb acht Uhr abends, im blauen Casinosaale.

Tagesordnung:

- 1.) Geschäftsbericht.
- 2.) Rechnungsabschluss.
- 3.) Bericht über den „Schulpfennig.“
- 4.) Die beabsichtigten Aenderungen des Reichs-Volksschulgesetzes.
- 5.) Neuwahl des Ausschusses.
- 6.) Urfällige Anträge.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 16. März. Die „Wiener Zeitung“ meldet: Der Kaiser verlieh dem Ackerbauminister Grafen Falkenhayn und dem Handelsminister Korb die Geheimrathswürde und ernannte den Archimandriten Andriewicz zum griechisch-orientalischen Metropolit in Czernowitz.

Berlin, 15. März. (Reichstag.) Lasfer tadelte die Nichtvorlage der Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Philippborn erwidert, Bismarck beabsichtige keine Veränderung in den handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, sondern deren Stabilität zu sichern. Richter beantragt, das Arrangement vom 31. Dezember mit Oesterreich-Ungarn dem Reichstage vorzulegen.

Paris, 15. März. Orloff wurde nach Petersburg berufen, Kapnist bleibt als Geschäftsträger zurück. Der Senat verwarf abermals den Artikel VII des Unterrichtsgesetzes. Freycinet erklärte, der Regierung erübrige nur die Anwendung der Gesetze.

Rom, 15. März. Kammer. Crispi vermisst eine starke Regierungshand, ist gegen die Unterdrückung der „Irredenta“, aber für Reform des Vereins- und des Pressgesetzes. Delgindice verlangt von der Regierung betreffs der „Irredenta“ klares Verhalten nach innen und lokales Verhalten nach außen; er beantragt Tagesordnung mit Motivierung der Aufrechthaltung guter Beziehungen mit den befreundeten Mächten.

Bukarest, 15. März. Ein kaiserliches Decret verhält Reisende oder länger als 30 Tage in Rumänien

Wohnende zum Austausch ihres Passes gegen einen Aufenthaltsschein bei der Polizei, widrigenfalls sie als ausweislos betrachtet werden würden.

Triest, 15. März. (Presse.) Gestern, am Geburtstage des Königs Humbert von Italien, wurden Exemplare einer aufrührerischen Proclamation des Triester „Comités der julischen Alpen“, welche einen Freischarenbruch nach Oesterreich ankündigen, in den Straßen verstreut und durch die Localpost versendet. Es gelang der Polizei, dreihundert Exemplare aufzufangen.

Paris, 14. März. (Br. Allg. Ztg.) Jesuiten-General Bedz ist hier eingetroffen, um mit den clericalen Führern den Widerstand gegen etwaige Ausweisung der Jesuiten zu organisieren. Die Radicals veranlassen Petitionen im Sinne einer solchen Ausweisung.

Paris, 15. März. Die hiesigen Belgier veranstalten anlässlich der Verlobung der Prinzessin Stephanie mit dem Kronprinzen Rudolf ein Bankett und einen Ball, dessen Erträgnis für einen Brautschmuck für die Prinzessin Stephanie bestimmt ist. — Lyon wählte die Radicals Willaud und Vallier zu Senatoren.

Petersburg, 14. März. Das „Journal de St. Petersbourg“ bestätigt, dass die Absendung neuer Documente, welche die Identität und die Beschuldigung Hartmanns beweisen, angemeldet war und Herr Freycinet davon unterrichtet gewesen sei, bevor der Ministerrath gehalten worden ist. Das Cabinet Freycinet glaubte die Mittheilung dieser Documente nicht abwarten zu sollen. Rücksichten innerer Politik bestimmten die Entschliebung des Cabinets, welche als Ermuthigung zu neuen Attentaten betrachtet werde und daher sehr zu bedauern sei.

Petersburg, 15. März. Der „Golos“ meldet aus Warschau, dass die Polizei dortselbst am 13. d. M. eine Socialversammlung aufhob; 16 Theilnehmer, nämlich zwei Ingenieur-Technologen, ein Student der Medicin und 13 Handwerker, wurden verhaftet.

Petersburg, 14. März. (Br. Allg. Ztg.) Hier sind interessante Nachrichten aus China und Japan eingelaufen. Aus Peking wird gemeldet, dass die chinesische Regierung achtzig Millionen Taëls (280 Millionen Gulden) vermittelst einer inneren Anleihe aufgetrieben hat, und zwar zum offenen Zwecke von Kriegsrüstungen. An der Herstellung eines Kriegstelegraphen von der Hauptstadt bis zur russischen Grenze wird gearbeitet. Von einer revolutionären Bewegung in der Hauptstadt wird nichts gemeldet.

Odessa, 14. März. (Br. Allg. Ztg.) Infolge der drohenden Haltung Chinas erhielten die russischen Kriegsschiffe im Stillen Ocean die Weisung, sich zur Rückkehr nach Peter-Paulshafen bereit zu halten.

Teheran, 14. März. In Herat ist zwischen den Parteien Achmed Ejs und Abdurrahman ein schrecklicher Bürgerkrieg ausgebrochen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 15. März
Papier-Rente 71 30. — Silber-Rente 72 05. — Gold-Rente 86 30. — 1860er Staats-Anlehen 128 50. — Bankactien 836. — Creditactien 300 25. — London 118 60. — Silber —. — K. l. Münz-Ducaten 5 57. — 20-Franken-Stücke 9 45 1/2. — 100-Reichsmark 58 15.

Angekommene Fremde.

Am 14. März.
Hotel Stadt Wien. R. v. Lendensfeld und Heger, Graz. — Wöler, Kaufm., Wien — Dr. Diano, Notar, f. Gemahlin, Triest — Wazel, Fabrikant, Neustadt.
Hotel Elephant. Jonash, f. l. Oberlieut., Stein. — Bauernfreund, Comptoirist, Graz. — Smerdu, Wajowizza.
Hotel Europa. Ludwig, f. l. Oberstlieut., Ugram.
Kaiser von Oesterreich. Dolenz, Bischofslad. — Nakort, Cilli.

Theater.

Heute zum Besten des Operettensängers Herrn Arenberg zum zweitenmale: Wohlthätige Frauen Lustspiel in 4 Acten von Arronge.

Verstorbene.

Den 15. März. Martin Mejnar, Maurer, 56 J., Karlsbaderstraße Nr. 19, Auszeichnung. — Theresia Verhauz, Lehramts-Candidatin und Beamtenwaise, 16 J., Floriansgasse Nr. 12, Lungentuberculose.

Im Civilspitale:
Den 12. März. Maria Babset, Tagelöhnerstochter, 3 J., Diphtheritis. — Jakob Corn, Tagelöhner, 30 J., Lungentuberculose.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wolken	Witterung
15.	7 U. Mg.	737.69	+ 1.8	W. schwach	leicht bew.	0.00
	2 „ N.	737.50	+ 9.9	SW. schwach	heiter	
	9 „ Ab.	741.00	+ 2.6	N. schwach	heiter	

Die schöne Witterung hält an. Das Tagesmittel der Wärme + 4.8°, um 1.8° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.



Vom Schmerze tief gebeugt geben die Gesehtigten die sie tief betrübende Nachricht von dem Ableben der innigst geliebten Schwester

Theresia Verhauz,

Lehramts-Candidatin,

welche nach langem Leiden Montag, den 15. März 1880, im 18. Lebensjahre selig im Herrn entschlafen ist. Die irdische Hülle der theueren Verbliebenen wird am 17. März 1880, um 5 Uhr nachmittags, vom Hause Nr. 12 Floriansgasse aus auf dem Friedhofe zu St. Christoph zur Ruhe bestattet.

Leopold, Josef und Maria Verhauz, Geschwister.



Wir geben hiemit die betrübende Nachricht, dass Herr

August Deisinger,

Bierbrauer,

nach kurzem aber schmerzvollen Leiden in seinem 35. Lebensjahre am 15. d. M., um 12 Uhr mittags, versehen mit den heil. Sterbesacramenten, selig im Herrn entschlafen ist.

Das Begräbnis findet Mittwoch, den 17. d. M., um 5 Uhr nachmittags auf dem Friedhofe zu Alt-lad statt.

Die heil. Seelenmessen werden in allen Kirchen gelesen werden.

Ihm sei die Erde leicht!

Bischofslad am 15. März 1880.

Katharina Deisinger geb. Pella, als Frau. — August Deisinger, als Sohn. — Georg, Josef, Johann, Franz und Alois Deisinger, als Brüder. — Ferdinand Pella, als Schwager.

Der Bazar

Nr. 6 vom 15. März 1880

ist hier eingetroffen und wird versendet. — Bestellungen auf den „Bazar“ übernimmt und besorgt pünktlich
Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg
Laibach. Buchhandlung.

Börsebericht. Wien, 15. März. (1 Uhr.) Die Börse verkehrte bei sehr geringem Geschäft anfangs in matter, später in etwas besserer Haltung.

Geld		Ware	
Papierrente	71 30	71 40	
Silberrente	72 10	72 20	
Goldrente	86 40	86 50	
Dose, 1854	122	122 50	
„ 1860	128 50	129	
„ 1860 (zu 100 fl.)	130	130 50	
„ 1864	172	172 50	
Ang. Prämien-Anl.	112 75	113	
Credit-A.	180 50	180 75	
Rudolfs-B.	19	19 75	
Prämienanl. der Stadt Wien	119 75	120	
Donau-Regulierungs-Dose	111 50	112	
Domänen-Pfandbriefe	146 50	147	
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101	101 50	
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	102	102 50	
Ungarische Goldrente	101 80	101 90	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	119	119 25	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	119	119 25	
Ungarische Schazganw. vom J. 1874			
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101 25	101 50	

Geld		Ware	
Grundentlastungs-Obligationen.			
Böhmen	103	104	
Niederösterreich	104 50	105	
Galizien	98 25	98 75	
Siebenbürgen	83 70	89 20	
Femerer Banat	88	88 75	
Ungarn	88 75	90 25	

Geld		Ware	
Actien von Banken.			
Anglo-österr. Bank	152 10	152 30	
Creditanstalt	298 90	299	
Depositenbank	224	225	
Creditanstalt, ungar.	281 75	282	
Oesterreichisch-ungarische Bank	836	838	
Unionbank	114 10	114 30	
Verkehrsbank	138	138 50	
Wiener Bankverein	148 25	148 50	

Geld		Ware	
Actien von Transport-Unternehmungen.			
Alsb-Bahn	149	149 50	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	612	614	
Elisabeth-Westbahn	186	186 50	

Geld		Ware	
Ferdinands-Nordbahn.			
2380	2390		
Franz-Joseph-Bahn.			
165 50	166		
Galizische Carl-Ludwig-Bahn.			
258 75	259		
Kaschau-Oderberger Bahn.			
125	125 50		
Bemberg-Czernowitzer Bahn.			
157 50	158		
Lloyd-Gesellschaft.			
637	639		
Oesterr. Nordwestbahn.			
168	168 50		
Rudolfs-Bahn.			
154 25	154 75		
Staatsbahn.			
273	273 50		
Südbahn.			
87	87 50		
Theiß-Bahn.			
233 50	239		
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn.			
130 50	131 50		
Ungarische Nordostbahn.			
141	141 50		
Wiener Tramway-Gesellschaft.			
243 25	243 75		

Geld		Ware	
Pfandbriefe.			
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. B.)	118 75	119	
(i. B.-B.)	101 20	101 60	
Oesterreichisch-ungarische Bank	102 60	102 75	
Ung. Bodencredit-Anst. (B.-B.)	101 50	102	

Geld		Ware	
Prioritäts-Obligationen.			
Elisabeth-B. 1. Em.	98 50	99	
Ferd.-Nordb. in Silber	106 50	107	
Franz-Joseph-Bahn	98 50	98 75	

Geld		Ware	
Devisen.			
Auf deutsche Plätze	57 60	57 80	
London, kurze Sicht	118 60	118 70	
London, lange Sicht	118 70	118 75	
Paris	46 95	46 95	

Geld		Ware	
Geldsorten.			
Ducaten	5 fl. 57	fr. 5 fl. 58	
Napoleon's or	9	9	
Deutsche Reichs-Roten	58	58	
Silbergulden	100	100	

Geld		Ware	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen.			
Geld 97	97	97	

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 71 35 bis 71 45. Silberrente 72 10 bis 72 20. Goldrente 86 35 bis 86 45. 112 60 London 118 60 bis 118 75 Napoleons 9 45 bis 9 46 1/2. Silber 100 - bis 100 -.